

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2023

27. Juli 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause in Stuttgart haben vergangene Woche stattgefunden. Auch wenn sich der Parlamentsbetrieb in die Sommerferien verabschiedet, tun es die mannigfaltigen Probleme in unserem Land keineswegs. Es fehlt überall an Fachkräften. Unsere Kitas und Schulen agieren am Limit. Der ohnehin schon mehr als rare bezahlbare Wohnraum wird weiter verknappt. Grund dafür sind nicht allein steigende Flüchtlingszahlen, sondern vor allem die Konjunkturkrise im Wohnungsbausektor und die Situation am Finanzmarkt. Von Klimaschutz, flächendeckender Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende sowie einer sozial gelingenden Transformation unserer Wirtschaft möchte ich hier gar nicht erst anfangen. Vieles, was sich die Regierungsfractionen von Grünen und CDU vollmundig in den Koalitionsvertrag geschrieben hatten, wurde unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Doch die finanzielle Lage des Landes ist weitaus besser als Ministerpräsident Kretschmann und sein Finanzminister uns glauben machen wollen. Das hat der Rechnungshof jüngst bestätigt. Das Land schiebt eine riesige Bugwelle an Überschüssen und Ausgabenresten vor sich her. Trotz immens gestiegener Energiekosten, Inflation und wachsenden Flüchtlingszahlen wurde das Haushaltsjahr 2022 mit rund 3,5 Milliarden Euro Überschuss abgeschlossen. Und sage und schreibe zehn Milliarden Euro an Ausgabenresten sind in der Landeskasse. Das ist Geld, das der Regierung vom Landtag bewilligt, aber aus welchen Gründen auch immer nicht abgerufen wurde. Da stellt sich doch die Frage, warum viele dringende Projekte und auch konkrete Vorschläge abgelehnt wurden, weil angeblich kein Geld dafür vorhanden sei. Das können und wollen wir als SPD so nicht

länger stehen lassen. Grün-Schwarz hat genug auf der hohen Kante, um zumindest die drängendsten Probleme im Land anzugehen. Mit fehlendem Geld kann der politische Stillstand jedenfalls nicht mehr länger begründet werden. Es wird höchste Zeit, endlich das Geld in die Hand zu nehmen und zu handeln!

Gehandelt werden muss vor allem im Bildungsbereich und zwar so schnell wie möglich. Die Defizite unserer Grundschülerinnen und Grundschüler werden nachweislich immer größer. Die Gründe dafür liegen oft schon im vorschulischen Bereich und diese Probleme pflanzen sich über den gesamten Bildungsweg fort. Da passiert hier im Land einfach zu wenig. Ein paar Modellschulen, deren Arbeit erst in einigen Jahren ausgewertet wird, und Flickwerk hier und da reichen nicht aus. Wir müssen das Potential unserer Gesellschaft durch bestmögliche Bildung heben. Das ist nicht nur eine soziale, sondern vor allem auch eine ökonomische Notwendigkeit. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hat diese Woche in einem Interview mehr Bildungsgerechtigkeit gefordert und dabei alle beteiligten Akteure - Bund, Länder und Kommunen - zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen. Mit dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ soll der Rahmen geschaffen werden, damit Bund, Länder und Kommunen besser zusammenarbeiten und es im Bildungssektor gerechter und erfolgreicher vorangeht. Die Bundesregierung liefert hier einmal mehr zielstrebig den Auftakt. Es wird Zeit, dass das Land Baden-Württemberg endlich das Seine tut und deutlich mehr in Bildung investiert. Denn Bildung ist nach wie vor Hoheit der Länder. Ausreden gelten nicht mehr, denn Geld ist ausreichend im Staatssäckel.

Für die kommenden Wochen wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden, aber insbesondere allen Schülerinnen und Schülern eine gute und entspannte Zeit und einen schönen Urlaub! Und wie immer wünsche ich Euch zunächst eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Kita-Gipfel: Kinder und Kitas sind keine Nebensache!

Am 8. Juli sind auf Einladung unserer Fraktion im Stuttgarter Landtag Erzieher und Erzieherinnen, Eltern, Fachleute und Mitarbeitende von Kommunen und Kita-Trägern zusammengekommen, um die aktuellen Probleme an den Kitas im Land zu beleuchten und über Lösungswege zu diskutieren. Die Not an den Kitas im Südwesten ist riesig. Zahlreiche Einrichtungen können aufgrund dramatischer Personalengpässe die Betreuung nicht mehr durchgehend gewährleisten. Kürzungen bei den Öffnungszeiten und Schließungen von Gruppen sind die Folge und setzen viele Eltern unter Druck. Das pädagogische Fachpersonal, das trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen seiner Aufgabe mit viel Herzblut nachgeht, ist überlastet. Kitas sind Orte, an denen die Zukunft unseres Landes gestaltet wird. Wir müssen dafür werben, dass diese Einsicht überall im Land ankommt. Gute Kitas, das ist bei der grün-schwarzen Landesregierung leider noch lange nicht angekommen, sind viel mehr als Betreuung und dürfen kein unverbindliches Angebot sein. Für unser Land und seine Wirtschaft sind Kitas keine Kür, sondern eine Pflichtaufgabe. Baden-Württemberg kann es sich nicht leisten, bei der frühkindlichen Bildung stehen-zubleiben oder gar den Rotstift zu zücken. Dringend nötig ist mehr Quantität, aber auch mehr Qualität. Es braucht Fachkräfteinitiativen und Nachwuchsgewinnung, verlässliche Rahmenbedingungen und die verdiente Wertschätzung: In den Kitas werden entscheidende Weichen im Leben unserer Kinder gestellt. Die SOS-Signale dürfen nicht länger ignoriert werden. Jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung von Anfang an. Genügend Kita-Plätze sind auch ein Standort-Faktor für unsere Wirtschaft. Und gerade weil Kitas so enorm wichtig für ein ganzes Leben sind, muss die Landesregierung mehr Geld in die Zukunft unserer Kinder investieren!

Von unserem Kita-Gipfel gehen wichtige Signale aus. Die Ideen und Ergebnisse werden in der Fraktion ausgewertet, gebündelt und anschließend veröffentlicht.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Abschaffung Hochschulgebühren

In seiner 66. Sitzung am 25.05.2023 diskutierte der Landtag den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion zur Änderung der Landeshochschulgebühren. Dabei geht es vor allem um die Abschaffung der Gebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland.

Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Vorsitzende des AK für Wissenschaft, Forschung und Kunst **Gabriele Rolland** erklärte, dass sie und ihre Fraktion überrascht waren, als die Regierungsfractionen sich im Rahmen einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte im April so lernfähig gezeigt hatten und klar Bereitschaft signalisierten, die Studiengebühren für ausländische Studierende wieder abzuschaffen. Nicht allzu überraschend allerdings sei, dass bis zum heutigen Tag noch keine Initiative dazu vorgelegt wurde. Deswegen habe die SPD diesen Gesetzentwurf eingebracht. Studiengebühren seien ungerecht, unsozial und auch unwirtschaftlich. Deshalb sei es richtig gewesen, dass Grün-Rot 2011 die allgemeinen Studiengebühren von 500 Euro pro Semester wieder abgeschafft hat und die Hochschulen eine Kompensation erhielten. Heute sei es genauso richtig, die Studiengebühren für internationale Studierende von 1500 Euro je Semester wieder abzuschaffen. Die Gründe dafür lägen auf der Hand: Baden-Württemberg verliere im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern und werde als Studienort zunehmend uninteressant für kluge Köpfe aus dem Ausland. Zwar werde häufig ein Studium noch hier begonnen, doch schon im zweiten oder dritten Semester in einem anderen Bundesland fortgeführt. Die Studiengebühren stünden der Fachkräftegewinnung entgegen, findet auch der baden-württembergische Handwerkskammertag, und dieses Signal sei verheerend. Studiengebühren sind laut Rechnungshof auch unwirtschaftlich, weil sie viel weniger einbringen, als erhofft, und einen immensen bürokratischen Mehraufwand bedeuten. Die Landesregierung, die lautstark Bürokratieabbau propagiert, könnte hier damit beginnen. Die Abschaffung der Studiengebühren könne auch global Demokratie fördern, ist sich Rolland sicher. Denn ausländische Studierende könnten hier lernen, sich in demokratische und politische Entscheidungsprozesse einzubringen, die es so in ihren Heimatländern möglicherweise nicht gebe. Die Abschaffung der Studiengebühren dürfe nicht bis zum nächsten Doppelhaushalt hinausgezögert werden. Die Kompensationskosten von 30 Millionen Euro seien im Vergleich zum Gesamthaushaltsvolumen von 60 Milliarden Euro ein „Nasenwasser“. Gerne sei ihre Fraktion auch bereit, eine gemeinsame fraktionsübergreifende Initiative zu erarbeiten.

Regierungserklärung

In der 69. Sitzung des Landtags am 29. Juni legte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Wasserstoffstrategie des Landes dar und die Fraktionen diskutierten darüber.

Auszug aus meiner Rede:

„Schon Jules Verne prophezeite 1875, dass Wasserstoff die Energieversorgung der Erde auf unabsehbare Zeit sichern würde. Es gab bei dieser Regierungserklärung viel Grundsätzliches zu hören, was uns allen hinlänglich bekannt ist. Die Frage, die uns heute vielmehr beschäftigen muss, ist, wie wir aus der theoretischen Erkenntnis zur praktischen und vor allem ausreichend dimensionierten Nutzung des Wasserstoffs kommen. Wasserstoff ist eine gute Antwort auf viele Fragen, die sich mit der Energiewende ergeben. Weil man ihn nutzen kann, um Energie aus erneuerbaren Quellen zu speichern und zu transportieren. Er kann als Ersatz für Kohle, Öl oder Erdgas dienen. Der Einsatz von Wasserstoff ist ein Beweis für jene Technologieoffenheit, die angeblich so oft fehlt. Aber Technologieoffenheit heißt eben nicht, dass man Technologien gegeneinander ausspielt, sondern dass sich Technologien ergänzen.

Wasserstoff ersetzt keine Windräder oder Solardächer oder Wärmepumpen. Wasserstoff bedingt den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien, wenn wir grünen Wasserstoff haben wollen. Sie wissen selbst, wie lange dieses Thema im Bund im Hause Altmaier vernachlässigt wurde, ehe die jetzige Bundesregierung wieder Bewegung in die Sache brachte. Doch trotz aller Bestrebungen im Bund: Gerade in Baden-Württemberg sind zusätzliche, eigene Strategien besonders wichtig. Weil wir ein Industriestandort von besonderer Bedeutung sind und das auch bleiben wollen.

Darum begrüßen wir die ambitionierten Ziele der Landesregierung. Dabei bleiben aber wichtige Fragen offen: Wie sieht es mit der Energieversorgung abseits der Hauptroute der SEL aus, in einem Land, in dem die Wirtschaft in der Fläche verteilt ist? Ungeklärt ist auch weiterhin, woher genau der Wasserstoff kommen soll. Warum ist dieses Thema federführend beim Umweltministerium angesiedelt, wo es doch vor allem für unsere Wirtschaft essentiell ist? Wasserstoff und Wirtschaft muss man gemeinsam denken und übergreifend planen. Aus diesem Grund fordern wir als SPD für unser Land eine wirklich konsistente Strategie zum Thema Wasserstoff und nicht nur eine Aufzählung von Einzelmaßnahmen. Dazu gehört die Bereitschaft, Geld für die Umstellung auf Wasserstoff in die Hand zu nehmen. Wenn das Thema Wasserstoff so verstolpert wird wie bisher die Windkraft, vertert die Landesregierung eine riesige Chance für unser Land.“

Echte Wahlfreiheit G8 oder G9

In der 71. Landtagssitzung am 19. Juli kritisierte die SPD-Fraktion in einer Aktuellen Debatte das taktische Vorgehen der Landesregierung hinsichtlich einer Rückkehr zu G9.

Für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Stefan Fulst-Blei** ist diese Politik der langen Bank unerträglich. Die Landesregierung verweigere dringend notwendige Entscheidungen in vielen Bereichen der Bildungspolitik, aber bei G9 fahre sie eine „Obersalami-Taktik“. Die Eltern im Land und diverse Studien forderten seit Langem die Rückkehr zu G9. Es sei bestens bekannt, dass Kinder Zeit zum Lernen brauchen. Der Druck auf die Schülerinnen und Schüler in G8 sei enorm. Mehr Zeit könnte hier Entlastung schaffen. Seine Fraktion fordert eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Nicht zielführend sei dabei, verschiedene Schularten gegeneinander auszuspielen. Die Behauptung, es brauche 1400 zusätzliche Stellen für die Rückkehr zu G9 sei falsch. Für eine reine Streckung von G8 auf G9 bräuchte es nicht mehr Kräfte im System, denn die vorhandenen Lehrerwochenstunden würden lediglich von acht auf neun Schuljahre gedehnt. G9 könnte aber eine vollkommen andere Qualität in den Basisfächern und mehr politische Bildung und bessere Lehre in IT bieten. Die „Brems Spuren“ von Corona seien enorm. Auch hier würde mehr Zeit hilfreich sein. Eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 würde auch Druck von den Grundschülerinnen und Grundschulern und ihren Eltern nehmen. Der Einsatz des Bürgerforums sei ein Feigenblatt, mit dem die grün-schwarze Landesregierung ihr Gesicht zu wahren versucht. Aber es könne nicht sein, dass jetzt noch weitere Diskussionsrunden gedreht werden. Alle Argumente seien ausgetauscht und das Thema sei mehr als entscheidungsreif. So komme G9 frühestens 2025. Dies sei eine mittlere Katastrophe für die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und unser ganzes Bildungssystem. „Wir brauchen die Entscheidung für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 jetzt“, fordert Fulst-Blei.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Aus dem Wahlkreis

Besuch in der Wahlkreisgemeinde Steinheim



Bürgermeister Holger Weise zeigte mir auf einer Tour durch seine Gemeinde, welche Projekte in Steinheim aktuell anstehen. Vordringliches Thema ist der Hochwasserschutz. Um Überflutungen von Straßen und Kellern wie 2016 zukünftig zu vermeiden, soll in Steinheim Nord oberhalb der Reithalle das Hangwasser nach Osten abgeleitet werden. Problematisch sei, dass dabei Naturschutzgebiet berührt wird. Hier muss eine Interessenabwägung zwischen Anwohnerschutz und Naturschutz stattfinden, um eine praktikable Lösung zu finden.

Auf dem TV-Sportgelände berichtete Weise über den vorangeschrittenen Abriss der Wentalhalle. Mit der Einweihung der neuen und optimierten Halle rechne man im Herbst 2025. Ausweichmöglichkeiten für Schul- und Vereinssport habe man glücklicherweise gefunden. Erfreulich sei auch, so Weise, dass der Jugendtreff am Parkplatz und der neue Mehrgenerationenspielplatz in der Bevölkerung gut angenommen werden. Auch der Beachvolleyballplatz neben dem neuen TV-Zentrum sei gut besucht.

Die Sanierung der Seebergschule in Söhnstetten werde nun angegangen. Geplant sei ein Jugendzentrum mit integriertem Kindergarten und Ganztagsbetreuung. Hier brauche die Gemeinde Planungssicherheit und müsse die entsprechenden Weichen stellen, wenn der Rechtsanspruch auf Ganztags ab 2026 komme. Ich kann dabei nur darauf verweisen, dass das Land bei Einrichtung einer Ganztagschule im Unterschied zu einer reinen Betreuung entsprechende Lehrerdeputate bereitstellen müsse. Denn der Bedarf am Ganztags wird ganz sicher wachsen und wir brauchen dringend mehr Frauen im Arbeitsmarkt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Auch bezüglich der Sprachförderung in Kita und Schule erhofft sich die Gemeinde Unterstützung. Sowohl in der Sprachförderung als auch für die offene Jugendarbeit brauche die Gemeinde personelle Verstärkung, aber die geforderten Fachkräfte seien derzeit kaum verfügbar. Insgesamt müsse man in diesen Bereichen an die Förderkriterien ran, deswegen werde ich diese Fragen mit in den Kreistag und nach Stuttgart nehmen.

Austausch mit DHBW-Rektor

Bei einem Austausch mit Rektor Prof. Dr. Dr. Rainer Przywara über die aktuelle Situation der DHBW Heidenheim interessierten mich vor allem die Entwicklung der Studierendenzahlen und die Personalsituation. Die Heidenheimer DHBW freue sich entgegen dem Landestrend über steigende Anfängerzahlen. Während Corona gab es hier keine wirklichen Einbrüche und nur eine leicht erhöhte Abbrecherquote. Inzwischen zählt man knapp 2300 Studierende in 23 Studiengängen und vier Fachbereichen. In allen Bereichen sieht sich die DHBW gut aufgestellt. „Wir sind gut ausgelastet, hätten aber in einigen Bereichen genügend Nachfrage, um noch etwas zu wachsen, so beispielsweise im Integrationsmanagement“, so Przywara. Die Akademisierung der Therapieberufe, der frühkindlichen Bildung, Integrated Engineering und ganz aktuell Data Science an der Schnittstelle von Technik und Wirtschaft seien aktuelle Zukunftsthemen. In allen Bereichen hat die Digitalisierung Einzug in die Lehrpläne genommen. Im Bereich Technik wurde 2019 ein didaktisch neuartiger Informatikkurs etabliert, der sich bereits großer Nachfrage erfreut. Auch der neue Studiengang Mechatronik wird von den regionalen Unternehmen sehr gut angenommen. Der größte Fachbereich Wirtschaft konzentrierte sich verstärkt auf die Digitalisierung, und auch hier seien die Kurse gut ausgelastet. „Weiterbildung soll ein großer Schwerpunkt der kommenden Jahre sein. Wir möchten den DHBW-Master zukünftig an einem Studienzentrum Heidenheim lokalisieren und so die Übergangsquote in den DHBW-Master erhöhen“, erklärte der Rektor. Gerade in der Nähe zu den ansässigen Firmen und in der Fähigkeit auf deren Bedürfnisse und den Arbeitsmarkt schnell reagieren zu können, liegt der Vorteil der DHBW. Diese Agilität der einzelnen DHBW muss erhalten bleiben und darf nicht der Zentralisierung und einer zunehmenden Bürokratisierung der Verwaltungsprozesse zum Opfer fallen. Gerade als ‚Aufsteigerhochschule‘ bietet die DHBW gute Chancen für junge Menschen, die von Haus aus finanziell weniger gut abgesichert sind. Deswegen begrüße ich als Sozialdemokrat das Konzept des dualen Studiums. Heimatverbundene und sicherheitsorientierte Jugendliche finden hier eine gute akademische Ausbildung und bleiben unserer Region erhalten.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321 / 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de